Begründung:

Mit der Zusammenführung der beiden kreislichen Krankenhäuser empfiehlt es sich auch, den Gesellschaftsvertrag des MSZ-Angermünde gGmbH zu ändern. Unabhängig dessen, sollten gesellschaftsvertragliche Regelungen nach einer gewissen Zeit überprüft werden(Zweckmäßigkeit, Änderung gesetzlicher Bestimmungen). Der Gesellschaftsvertrag des MSZ wurde 1996 letztmalig grundlegend überarbeitet. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass einige Bestimmungen zur Steuerung der Gesellschaft verändert werden sollten. In die Überarbeitung des Gesellschaftsvertrages wurde die mit der Beratung und rechtlichen Begleitung der Krankenhauszusammenführung beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Solidaris Revisions-GmbH) einbezogen. Weiter wurden Regelungen aus einem gemeinsam vom ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband (OSGV) und der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig (BBVL) erarbeiteten Mustergesellschaftsvertrag für kommunale Unternehmen eingearbeitet.

Der grundsätzliche Aufbau des Gesellschaftsvertrages ist so gestaltet, dass der Gesellschafter für Grundsatzentscheidungen und für alle ihm per Gesetz vorbehaltenen Entscheidungen zuständig ist, der Aufsichtsrat überwacht, steuert und berät die Geschäftsführung und die Geschäftsführung entscheidet in eigener Verantwortung für den laufenden Geschäftsbetrieb.

Der Gegenstand der Gesellschaft ist um die neu hinzugekommene Aufgabe erweitert worden. Die MSZ-Angermünde gGmbH ist ab 01.01.2004 auch Träger des Kreiskrankenhauses Prenzlau. Dies wurde in § 2 Abs. 2 aufgenommen.

Das bisher auf DM lautende Stammkapital wird auf Euro umgestellt und geglättet. Dazu ist eine Stammkapitalerhöhung von 10,21 € aus dem Kreishaushalt erforderlich.

Statt des bisherigen Verwaltungsrates wird ein Aufsichtsrat als Organ zur Überwachung und Beratung der Geschäftsführung eingesetzt. Mit der Einrichtung eines Aufsichtsrates wird nach außen deutlich gemacht, dass die Geschäftsführung einer erweiterten Kontrolle unterliegt. Ein Verwaltungsrat kann auch nur ein reines Beratungsgremium ohne Befugnisse gegenüber der Geschäftsführung sein.

Der Gesellschaftsvertrag wurde hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrates sowie der Zuständigkeit des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung überarbeitet. Der Aufsichtsrat bekommt damit erheblich mehr Gewicht und Verantwortung bei der Steuerung der Gesellschaft, als dies vorher beim Verwaltungsrat der Fall war. Ein bedeutsamer Unterschied zum bisherigen Verwaltungsrat ist, dass für den Aufsichtsrat nun Regelungen des Aktiengesetzes gelten, was vorher beim Verwaltungsrat ausgeschlossen war. Hier ist einmal die Haftung für Schäden, die der Gesellschaft aufgrund von Entscheidungen des Aufsichtsrates entstehen, zu nennen. Diese Haftung ist jedoch auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz begrenzt, da die Aufsichtsrats Tätigkeit hier ehrenamtlich erfolgt. Diese Regelung entspricht auch den Regelungen in § 104 Abs. 3 der Gemeindeordnung. Aufsichtsratsmitglieder haben bei ihrer Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsmannes anzuwenden. Das heißt, Aufsichtsratsmitglieder müssen über entsprechende Sachkunde und genügend Zeit verfügen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Sie sind gesellschaftsrechtlich nur den Interessen der Gesellschaft verpflichtet und nicht den Interessen des entsendenden Organs. Der Kreistag kann jedoch an die Vertreter des Landkreises in Organen privater Unternehmen Weisungen erteilen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 Mitgliedern (Verwaltungsrat bisher 7). Die Verwaltung ist im Aufsichtsrat mit 2 Mitgliedern vertreten (bisher nur 1 Sitz). Damit soll erreicht werden, dass der in der Verwaltung vorhandene kommunal- und verwaltungsrechtliche Sachverstand bei Entscheidungen besser Berücksichtigung finden kann.

Dominiert wird das Organ von den vom Kreistag zu entsandten Mitgliedern (wie bisher beim Verwaltungsrat 5). Da der Kreistag das höchste Entscheidungsorgan des Landkreises ist, sollte sich diese Wertigkeit auch in der zahlenmäßigen Zusammensetzung des Aufsichtsrates widerspiegeln. Für die Bestellung der Vertreter des Landkreises zur Entsendung in Organe privater Unternehmen ist das Verfahren für die Besetzung von Ausschüssen sinngemäß anzuwenden, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen des Gesellschaftsrechts entgegenstehen (§ 104 Abs. 1 und 2 Gemeindeordnung). In Anwendung der Bestimmungen für die Besetzung von Ausschüssen dürfen grundsätzlich nur Kreistagsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt werden. Nach der Ausgestaltung im Gesellschaftsvertrag ist diese Bestimmung aber nur auf die 5 vom Kreistag zu entsendenden Mitglieder anzuwenden. Die 2 der Verwaltung angehörenden Mitglieder des Aufsichtsrates sind im Gesellschaftsvertrag konkret benannt. Diese Regelung geht der Bestimmung über die Besetzung von Ausschüssen vor.

Die Personalvertretungen der beiden Krankenhäuser erhalten auf eigenen Wunsch 2 Sitze im Aufsichtsrat. Aufgrund der Größe der Gesellschaft mit 2 Krankenhausstandorten, kann diese Regelung als angemessen gelten.

Bei der Gesellschafterversammlung verbleiben im Wesentlichen die Aufgaben, die ihr per Gesetz zwingend vorbehalten sind und die ihr aus Zweckmäßigkeitsgründen vorbehalten bleiben sollten.

Neu aufgenommen in den Gesellschaftsvertrag wurden die Prüfrechte nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz für das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises. Diese Prüfrechte beziehen sich nicht auf die Prüfung der Gesellschaft selbst, sondern kommen nur zur Anwendung, wenn im Rahmen der Betätigungsprüfung der Verwaltung des Landkreises von dieser nicht alle benötigten Informationen bereitgestellt werden können. Dann darf sich das Rechnungsprüfungsamt direkt an die Gesellschaft wenden. Die Einräumung dieser Prüfrechte ist kommunalrechtlich vorgeschrieben und wird von der Kommunalaufsicht (Innenministerium) verlangt.

Vorschläge der Betriebsräte beider Gesellschaften wurden bis auf die 2 Sitze im Aufsichtsrat nicht berücksichtigt. Diese Vorschläge gehören vom Inhalt her nicht in einen Gesellschaftsvertrag. Sie sind Angelegenheit der Geschäftsführung. Insbesondere wurden folgende Vorschläge des Betriebsrates des Krankenhauses Prenzlau nicht aufgenommen.

- *„Die Gesellschaft bleibt weiterhin Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Land Brandenburg.
Änderungen der Mitgliedschaft bedürfen der Zustimmung der Personalvertretung/en.
oder
Eine Änderung der Mitgliedschaft ist nur auf Beschluss des Kreistages möglich.*
- *Die Gesellschaft beruft sich nicht darauf, dass das Unternehmen als Tendenzbetrieb gemäß § 118 BetrVG tätig wird. Sofern sich die Gesellschaft darauf berufen will, sind die Rechte und Pflichten des Betriebes zur Wahrung der Interessenvertretung im Vorfeld dieser Entscheidung zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat einvernehmlich zu regeln.“*

Derartige Regelungen wurden bisher in keinen Gesellschaftsvertrag von Gesellschaften aufgenommen an denen der Landkreis beteiligt ist. Kommunale Gesellschaften wenden für ihre Mitarbeiter oftmals die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst an. Eine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht jedoch nicht.

Ein „Tendenzbetrieb“ gemäß § 118 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) liegt vor, wenn unter anderem „karitative Zwecke“ verfolgt werden. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts können bei öffentlichen Krankenhäusern karitative Zwecke vorliegen, womit die Rechte des Betriebsrates eingeschränkt werden können. Das betrifft insbesondere das Recht auf Information über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und das Recht auf Mitwirkung bei Betriebsänderungen und Erarbeitung eines Sozialplanes.

Der Betriebsrat ist im Aufsichtsrat mit 2 Sitzen vertreten. Der Betriebsrat kann damit auch alle Informationen erhalten, die der Aufsichtsrat erhält. Die Abstimmungen im Aufsichtsrat können mit 2 von 9 Stimmen beeinflusst werden. Das sind nach Auffassung der Verwaltung weitreichende Rechte für eine Personalvertretung.

In den Gesellschaftsvertrag wurde in § 9 Abs. 4 Buchst. h) eine Bestimmung aufgenommen, wonach Vereinbarungen zur Regelung der arbeits-, tarif- und versorgungsrechtlichen Verhältnisse der Beschäftigten, nach Anhörung im Aufsichtsrat der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen.

Anlage:

Gesellschaftsvertrag MSZ Angermünde
(Änderungen und Neufassungen sind unterstrichen)

Gesellschaftsvertrag

§ 1

Firma und Sitz

- (1) Der Name der Gesellschaft lautet „Medizinisch & Soziales Zentrum Angermünde gGmbH“.
- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in 16278 Angermünde.

§ 2

Zweck und Gegenstand des Unternehmens

- (1) Zweck der Gesellschaft ist die gesundheitliche und soziale Daseinsvorsorge für die Einwohner des Landkreises Uckermark.
- (2) Gegenstand ist die medizinische Grundversorgung der Einwohner des Landkreises Uckermark. Dieses erfolgt insbesondere durch den Betrieb des bisherigen Kreiskrankenhauses Angermünde und des Kreiskrankenhauses Prenzlau.

- (3) Die Gesellschaft kann Krankenhäuser, Krankenheime, Erholungsheime, Senioren-, Pflege- und Behindertenheime, Übergangsheime für Aussiedler und Asylbewerber, Rehabilitationseinrichtungen, Sozialstationen, ambulante Krankenstationen, Einrichtungen des Kinder- und Jugendnotdienstes und Beratungsstellen für Abhängigkeitskranke im Sinne des vorgenannten Gesellschaftszweckes errichten und betreiben.

Sie kann im Sinne vorgenannten Gesellschaftszweckes Jugend-, Alten- und Familienpflege fördern, hilfsbedürftige Personen bei der Ausbildung und Erziehung unterstützen, Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten errichten und betreiben.

- (4) Innerhalb des Gegenstandes des Unternehmens ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen.
- (5) Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen errichten, andere Unternehmen erwerben, verwalten und sich an ihnen beteiligen, dies auch als persönliche Gesellschafterin.

§ 3

Gemeinnützigkeit

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 51 ff. AO).
Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

- (2) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die in diesem Vertrag ausdrücklich genannten Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter keine Zuwendungen oder Gewinnanteile aus Mitteln der Gesellschaft.
- (3) Die Gesellschafter erhalten bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück; soweit das Vermögen die eingezahlten Kapitalanteile und den Wert der geleisteten Sacheinlagen übersteigt, ist diese ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4

Stammkapital und Stammeinlage

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 2.469.550,00 EUR.
- (2) Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Uckermark mit einer Stammeinlage von 2.469.550,00 EUR. Das Stammkapital wird als Sacheinlage in Höhe von 2.469.539,79 Euro und als Bareinlage in Höhe von 10,21 Euro erbracht.

§ 5

Verfügung über Geschäftsanteile

- (1) Die Geschäftsanteile dürfen nicht verpfändet oder mit Rechten Dritter belastet werden.
- (2) Alle Ansprüche des Gesellschafters, insbesondere der Anspruch auf Gewinn und Liquidationserlös, sind nicht an Dritte übertragbar.

§ 6

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das 1. Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung in das Handelsregister.

§ 7

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind

- die Geschäftsführung,
- der Aufsichtsrat,
- die Gesellschafterversammlung.

§ 8

Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Jedem Geschäftsführer kann auch in diesem Fall Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden.
- (3) Jedem Geschäftsführer kann Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden, so dass er die Gesellschaft bei Rechtsgeschäften mit sich selbst oder mit sich als Vertreter eines Dritten vertreten kann.
- (4) Die Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages, der Beschlüsse des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung sowie des bestätigten Wirtschaftsplanes.
- (5) Ihnen obliegen insbesondere alle laufenden Entscheidungen und Maßnahmen, die erforderlich sind, um den gemeinnützigen Gesellschaftszweck zu führen und zu erreichen.
- (6) Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat und den Gesellschafter im Sinne des Beteiligungscontrolling über die Entwicklung des Unternehmens bedarfsgerecht und angemessen sowie in schriftlicher Form zu unterrichten. § 90 AktG gilt sinngemäß.
- (7) Der leitende Chefarzt und die leitende Pflegedienstkraft beraten die Geschäftsführer in den Angelegenheiten des Krankenhauses. Näheres regelt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

§ 9

Aufsichtsrat

- (1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Die in § 52 Abs. 1 GHG genannten Vorschriften des Aktiengesetzes über den Aufsichtsrat finden nur Anwendung soweit dieser Gesellschaftsvertrag keine abweichende Regelung trifft.
- (2) Der Aufsichtsrat setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen. Davon entsendet der Kreistag 5 Mitglieder aus seinen eigenen Reihen. Daneben sind der Landrat des Landkreises Uckermark sowie ein von ihm Beauftragter Mitglied des Aufsichtsrates. Weitere 2 Aufsichtsratsmitglieder entsendet der Betriebsrat.
- (3) Die Amtsdauer des Aufsichtsrates endet mit Ablauf der Wahlperiode des Kreistages des Landkreises Uckermark. Der alte Aufsichtsrat führt seine Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Aufsichtsrates weiter.
- (4) Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt unter Einhaltung einer Frist von einem Monat durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsführung oder dem Aufsichtsratsvorsitzenden niederlegen.

- (5) War für die Bestellung eines Aufsichtsratsmitgliedes seine Zugehörigkeit zum Kreistag oder zur Verwaltung des Landkreises Uckermark bestimmend, endet sein Amt mit dem Ausscheiden aus Kreistag oder Verwaltung.
- (6) Aufsichtsratsmitglieder können von den Entsendungsberechtigten jederzeit abberufen werden.
- (7) Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied aus, wird für die restliche Amtszeit ein Nachfolger entsandt. Für die Entsendung von Nachfolgern gilt Abs. 2 sinngemäß.
- (8) Aufsichtsratsmitglieder haften nur für Schäden, die sie grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt haben. § 93 Abs. 2 AktG findet keine Anwendung.
- (9) Die Geschäftsführer nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern der Aufsichtsrat dem nicht widerspricht.

§ 10

Vorsitz, Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter für die in § 9 Abs. 3 festgelegte Amtsdauer. Der Stellvertreter handelt bei Verhinderung des Vorsitzenden.

Scheiden der Vorsitzende oder sein Stellvertreter vorzeitig aus, so hat der Aufsichtsrat eine Ersatzwahl vorzunehmen.
- (2) Der Aufsichtsrat wird vom Vorsitzenden einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern, oder wenn es von der Geschäftsführung oder vom Gesellschafter beantragt wird. Die Aufsichtsratssitzungen werden von der Geschäftsführung vorbereitet. Der Aufsichtsrat tagt vierteljährlich mindestens einmal.
- (3) Die Einberufung muss schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von vierzehn Tagen erfolgen. In dringenden Fällen können eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewählt werden.
- (4) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens die Hälfte, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind.
- (5) Schriftliche, fernschriftliche (Telefax) und telegrafische Beschlussfassungen sind zulässig, wenn kein Aufsichtsratsmitglied einer solchen Beschlussfassung widerspricht und mindestens die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende oder sein Stellvertreter, ihre Stimme abgeben.
- (6) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder bei seiner Abwesenheit die Stimme des Stellvertreters den Ausschlag.
- (7) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.
- (8) Der Inhalt der Niederschrift gilt als genehmigt, sofern der Niederschrift nicht binnen eines Monats nach Absendung schriftlich und unter Angabe der Gründe durch ein Aufsichtsratsmitglied widersprochen wird. In der nächstfolgenden Aufsichtsratssit-

zung ist die Genehmigung der Niederschrift zu registrieren bzw. sind getätigte Widersprüche abschließend zu klären.

- (9) Erklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden unter der Bezeichnung „Aufsichtsrat der Medizinisch & Soziales Zentrum Angermünde gGmbH“ abgegeben. Erklärungen gegenüber dem Aufsichtsrat werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates entgegengenommen.
- (10) Die Aufsichtsratsmitglieder haben bei ihrer Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsmannes anzuwenden. Über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt geworden sind, haben die Aufsichtsratsmitglieder und Sitzungsteilnehmer Stillschweigen zu bewahren.
- (11) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (12) Für die Aufsichtsratsmitglieder wird ein Sitzungsentgelt, dessen Höhe durch die Gesellschafterversammlung bestimmt wird, von der Gesellschaft gezahlt. Reisekosten werden nach Bundesreisekostengesetz durch die Gesellschaft erstattet.

§ 11

Aufgaben des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen und zu beraten. Er kann insbesondere von den Geschäftsführern jederzeit Auskunft und Berichterstattung verlangen, die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen und prüfen sowie örtliche Besichtigungen vornehmen. Er kann auch einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben Sachverständige beauftragen.
- (2) Der Vorsitzende des Aufsichtsrates vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern gerichtlich und außergerichtlich.
- (3) Der Aufsichtsrat gibt Beschlussempfehlungen für alle der Gesellschafterversammlung vorbehaltenen Entscheidungen ab.
- (4) Der Aufsichtsrat entscheidet über:
 - a) die Wahl des Abschlussprüfers,
 - b) die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für diese,
 - c) die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
 - d) die Bestellung von Prokuristen und von Handlungsbevollmächtigten zum gesamten Geschäftsbetrieb,
 - e) die Maßregeln zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
 - f) die Erteilung von Einzelvertretungsmacht und Befreiung der Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB,
 - g) die Entlastung der Geschäftsführung.

- (5) Die Geschäftsführung bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates für folgende Geschäfte, soweit sie nicht schon im Wirtschaftsplan ohne besondere Vorbehalte vorgesehen sind:
- a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 - b) Aufnahme von Darlehen,
 - c) Kapitalbeteiligungen, Wertpapiergeschäfte und Devisengeschäfte, ausgenommen sind Festgeldanlagen und andere risikoarme Geldanlagen bei deutschen Kreditinstituten.
 - d) Gewährung von Darlehen und anderen Zuwendungen an Dritte.
 - e) Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen soweit im Einzelfall die vom Aufsichtsrat festgelegte Wertgrenze überschritten wird.
 - f) Für Rechtsgeschäfte, insbesondere Verträge, wenn der Wert im Einzelfall die vom Aufsichtsrat festgelegte Wertgrenze übersteigt.
 - g) Abschluss von Bürgschaftsverträgen und Gewährung von Spenden
- (6) Der Aufsichtsrat kann nähere Einzelheiten und weitere zustimmungspflichtige Geschäfte in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festlegen, oder im Rahmen einer Geschäftsanweisung an die Geschäftsführung regeln. Er kann für bestimmte Arten von Geschäften seine Zustimmung allgemein erteilen.
- (7) Vereinbarungen zur Regelung der arbeits-, tarif- und versorgungsrechtlichen Verhältnisse der Beschäftigten sind nach Anhörung mit dem Aufsichtsrat durch die Gesellschafterversammlung abzuschließen.

§ 12

Einberufung und Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.
- (2) Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft oder am Sitz des Gesellschafters statt. Von dieser Regelung kann nur mit Zustimmung des Gesellschafters abgewichen werden.
- (3) Die Gesellschafterversammlung, die den Jahresabschluss feststellt, (ordentliche Gesellschafterversammlung) findet spätestens bis Ende August des folgenden Geschäftsjahres statt.
- (4) Die Gesellschafterversammlung wird schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von 1 Monat einberufen. Wenn der Gesellschafter nicht widerspricht, kann auf Form und Frist verzichtet werden.
- (5) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Gesellschafter und von den Geschäftsführern zu unterzeichnen ist.
- (7) Die Geschäftsführer nehmen an der Gesellschafterversammlung teil, sofern der Gesellschafter nicht widerspricht.

- (8) Die Mitglieder des Aufsichtsrates und die Geschäftsführung werden in schriftlicher Form über die getroffenen Gesellschafterbeschlüsse unterrichtet.

§ 13

Aufgaben der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt - außer in den im Gesetz oder in diesem Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Fällen – über folgende Angelegenheiten:

- a) die Feststellung des Wirtschaftsplanes und seiner Nachträge,
- b) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Genehmigung des Lageberichts sowie über die Verwendung des Ergebnisses,
- c) die Änderung des Gesellschaftsvertrages, Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
- d) die Änderung bzw. Erweiterung des jeweils konkreten Geschäftsgegenstandes, insbesondere die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes,
- e) die Umwandlung/Umstrukturierung der Gesellschaft, insbesondere Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung, Formwechsel sowie Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 AktG,
- f) die Auflösung der Gesellschaft, die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
- g) der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- h) die Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlagen,
- i) die Rückzahlung von Nachschüssen,
- j) die Teilung sowie die Einziehung von Geschäftsanteilen,
- k) die Entlastung des Aufsichtsrats.

§ 14

Wirtschaftsplan

- (1) Die Geschäftsführung stellt jährlich einen Wirtschaftsplan für das kommende Geschäftsjahr auf und legt diesen dem Aufsichtsrat so rechtzeitig zur Beschlussfassung und Empfehlung vor, dass er als Anlage zum Haushaltsplan des Landkreises Uckermark veröffentlicht werden kann.
- (2) Die Aufstellung des Wirtschaftsplanes erfolgt in Anlehnung an die Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg und den dazu erlassenen Landesrichtlinien

§ 15

Jahresabschluss, Lagebericht

- (1) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) sowie den Lagebericht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres aufzustellen. Für die Aufstellung gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des 3. Buches des HGB.

Zur Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes beauftragt die Geschäftsführung den durch den Aufsichtsrat gewählten Abschlussprüfer. Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände gem. § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz. In dem Lagebericht ist auch zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

- (2) Nach Prüfung durch den Abschlussprüfer sind Jahresabschluss und Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht unverzüglich dem Aufsichtsrat zur Prüfung, Beratung und Empfehlung; und der Gesellschafterversammlung zur Feststellung vorzulegen.
- (3) Die Vorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung über die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses für den Krankenhausbetrieb bleiben durch die vorstehenden Bestimmungen unberührt.
- (4) Dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Uckermark stehen uneingeschränkt die Informations- und Prüfungsrechte nach § 54 HGrG zu.

§ 16

Vertragsaufwand

Die Gesellschaft trägt die mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages entstehenden Aufwendungen.

§ 17

Schlussbestimmungen

Sollten Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam sein oder werden oder aus Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können oder sollte dieser Gesellschaftsvertrag Lücken aufweisen, so soll dies auf die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages keinen Einfluss haben. Der Gesellschafter ist jedoch verpflichtet, eine undurchführbare Bestimmung zu ergänzen, umzudeuten und /oder durch andere Bestimmungen zu ersetzen, die dem angestrebten Zweck und der wirtschaftlichen Zielsetzung der unwirksamen und/oder undurchführbaren Bestimmung gerecht wird.

Landkreis Uckermark
Der Landrat

Prenzlau, den 12.01.04

Drucksachenänderung

Gesellschaftsvertrag der „Medizinisch & Soziales Zentrum Angermünde gGmbH“ DS-Nr. 2/2004

Aufgrund eines Schreibfehlers ist auf Seite 3 des Gesellschaftsvertrages, § 9 (Aufsichtsrat) Abs. 1 Satz 2 zu ändern.

GHG ist durch **GmbHG** zu ersetzen.

Klemens Schmitz